

Dr. Konrad Schily
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Konrad Schily, MdB · Platz der Republik 1 · D-11011 Berlin

Hirnliga E.V.
Herrn Geschäftsführer
Dr. Thomas Kunczik
Postfach 1366

51657 Wiehl

vorab per Fax: 02262-999 99 16

Berlin, 5. Oktober 2007

Stellungnahme zu dem Symposium der Hirnliga am 9. Oktober 2007 „Die Ressourcen-Allokation in der Medizin bei einer älter werdenden Gesellschaft oder: Wird 2030 zur Realität?“

zu der Thematik nehme ich im Namen der FDP-Bundestagsfraktion und ihres Vorsitzenden, Dr. Guido Westerwelle, gerne wie folgt Stellung:

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt zu. Die Zahl der Geburten ist gering. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung. Die Menschen werden immer älter. 1999 waren rund 20 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre alt und älter. Im Jahre 2020 werden das schon 27 Prozent und im Jahre 2030 35 Prozent sein. Für mehr als die Hälfte der heute in Deutschland neu Geborenen stehen die Chancen nicht schlecht, ihren 100. Geburtstag zu erleben. Ein Ende dieser Entwicklung ist – wenn man James Vaupel, dem Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock folgt – nicht in Sicht. Das hat zwangsläufig gravierende Auswirkungen auf unser gesamtes Gesellschaftssystem und ganz besonders auf die sozialen Sicherungssysteme. Hier ergibt sich ein brisantes Gemisch durch die steigende Lebenserwartung kombiniert mit einer sehr geringen Geburtenrate.

Diese Entwicklung ist auch nicht von heute auf morgen umkehrbar. Selbst wenn morgen die Geburtenrate in Deutschland auf zwei Kinder pro Familie steigen würde, bestünden die Auswirkungen einer seit 30 Jahren niedrigen Fertilität noch mehrere Jahrzehnte fort.

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Phone: +49 30 227 73442
Fax: +49 30 227 76442

..2

Wahlkreisbüro
Alfred-Herrhausen-Str. 44
D-58455 Witten
Phone: +49 2302 926 375/6
Fax: +49 2302 926 380

Die sozialen Sicherungssysteme, die im Umlageverfahren organisiert sind, sind entscheidend auf ein Nachwachsen der jüngeren Generation im notwendigen Umfang angewiesen. Anderenfalls brechen sie über kurz oder lang zusammen. Die Politik hat die Aufgabe, hierfür eine Lösung zu finden.

In der gesetzlichen Krankenversicherung zahlen heute die aktiv Beschäftigten ca. 30 Milliarden Euro jährlich dafür, dass Rentner trotz geringer Beitragszahlung und höherer Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen im Krankheitsfall ohne irgendwelche Altersbegrenzungen gut versorgt werden.

Gleichzeitig erleben wir einen Wandel der familiären Strukturen, der das Ganze auch nicht einfacher macht. Der Anstieg des Anteils von Singlehaushalten führt tendenziell dazu, dass die Ausgaben im Krankheits- und Pflegefall steigen. Statt familiärer Hilfe muss auf professionelle Hilfe zurückgegriffen werden. Wird ein Patient z. B. aus dem Krankenhaus entlassen, ohne dass er in der Lage ist, sich eigenständig zu versorgen, muss die benötigte Hilfe anderweitig sichergestellt werden, wenn er alleine lebt. Die Fallpauschalen im stationären Sektor werden somit zwar zu einer deutlichen Reduzierung der Liegezeiten und damit ceteris paribus zu sinkenden Kosten führen. Zumindest ein Teil dieser Kosten wird sich jedoch auf zwischengelagerte Betreuungsangebote verlagern.

Die Politik darf angesichts dieser Erkenntnisse nicht einfach warten bis es zur Explosion kommt und die Jungen keine andere Möglichkeit mehr sehen, als sich der Verantwortung gegenüber den Älteren durch Schwarzarbeit oder in dem sie ins Ausland gehen, zu entziehen.

Im Gesundheitswesen ist daher ein deutlich grundlegendes Umdenken nötig. Die Anforderungen an eine soziale Krankenversicherung in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft mit einer niedrigen Geburtenrate sind andere als bei Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahre 1883. Wir brauchen ein modernes Gesundheitswesen, das Wettbewerb, Patientenorientierung und Innovationskraft unterstützt.

Die FDP ist daher gegen eine Fortführung des Reparaturbetriebes und für einen grundsätzlichen Systemwechsel beim Krankenversicherungsschutz.

Der Systemwechsel muss bewirken, dass die Versicherten wieder im Mittelpunkt stehen und ihren Versicherungsschutz weitgehend selbst gestalten können. Vertragsfreiheit, Therapiefreiheit und freie Arztwahl müssen selbstverständlich sein. Anstatt den medizinischen Fortschritt nur unter dem Vorzeichen der Kostenexplosion zu betrachten, müssen seine Chancen in den Vordergrund gestellt werden. Bürokratische Vorschriften müssen auf ein

unabdingbares Minimum reduziert werden. Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass ein Wachstum des Gesundheitsmarktes als Chance begriffen wird und nicht wie das heute aufgrund der Finanzierungsart mit Besorgnis quittiert wird. Die staatliche Regulierung muss auf eine Rahmensetzung begrenzt sein, die sicherstellt, dass jeder Bürger im Krankheitsfall eine qualitativ gute medizinische Versorgung hat, auch wenn er über wenig Geld verfügt. Gleichzeitig muss der Systemwechsel im Hinblick auf den demographischen Wandel vorsorgen.

Der beste Garant hierfür ist ein privater Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle.

Durch die Umverteilung zwischen jung und alt in der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich eine verdeckte Verschuldung von über 700 Milliarden Euro angesammelt. Mehr Nachhaltigkeit in dem Sinne, dass wir nicht mehr den nachwachsenden Generationen die ganzen Lasten aufbürden ist nur durch mehr Kapitaldeckung erreichbar, wie sie vom Grundsatz her derzeit in der privaten Krankenversicherung praktiziert wird. Es ist deshalb der falsche Weg, die private Krankenversicherung abschaffen zu wollen. Man muss vielmehr überlegen, wie man die Vorteile eines solchen Systems für die ganze Bevölkerung nutzen kann. Ohne einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit, ohne eine Entlastung der nachwachsenden Generationen kann eine verantwortungsbewusste Gesundheitspolitik nicht glaubwürdig antreten.

Durch Wahlfreiheit, Transparenz und Wettbewerb müssen darüber hinaus Effizienz, Effektivität und nicht zuletzt die Qualität im Gesundheitssektor nachhaltig erhöht werden.

Auch die, wie die gesetzliche Krankenversicherung im Umlageverfahren organisierte, gesetzliche Pflegeversicherung ist auf die Folgen des demografischen Wandels nicht vorbereitet: Im Jahr 2050 erwartet uns eine bis zu dreimal höhere Zahl von Pflegebedürftigen, die Zahl der jungen Beitragszahler sinkt bis dahin um etwa ein Drittel. Ohne grundlegende Reform bedeutet das für zukünftige Generationen erhebliche Beitragssatzsteigerungen und/oder empfindliche Leistungskürzungen. Auch in der gesetzlichen Pflegeversicherung müssen die aus einer alternden Gesellschaft entstehenden Finanzierungslasten aber fair auf die Generationen verteilt werden. Die Ängste der Jungen, „immer nur zahlen zu müssen“, aber auch die der Älteren, den Enkeln einmal zu Last zu fallen, müssen ernst genommen werden, negative Beschäftigungseffekte durch steigende Beitragssätze verhindert werden. Die FDP hat deshalb auf ihrem Bundesparteitag in Stuttgart beschlossen, die umlage- und einkommensabhängig finanzierte gesetzliche Pflegeversicherung über einen längeren Übergangszeitraum hinweg in ein kapitalgedecktes und prämienfinanziertes System zu überführen.

Dr. Konrad Schily - MdB